

Positionspapier ehemaliger Studierender zur „Linksextremismus“-Studie des ISP an der Ev. Hochschule des Rauhen Hauses Hamburg

An die Verantwortlichen

Pastor Dr. Green, Vorsteher der Stiftung des Rauhen Hauses

Prof. Dr. Lindenberg, Rektor der Ev. Hochschule des Rauhen Hauses

Prof. Dr. Möbius, Geschäftsführer des ISP

Die Bildungslücke des Staates

Wenn der Staat der Wissenschaft den Abschussbefehl zur Forschung erteilt

In der Presse und dem öffentlichen Diskurs wurde er in letzter Zeit ausgiebig thematisiert - und so auch in gemäßigten linken Kreisen salonfähig gemacht: der Wunsch, dem bisher vernachlässigten und so genannten *Linksextremismus* endlich auch die notwendige Aufmerksamkeit durch die staatlichen Kontrollorgane angedeihen zu lassen.

Dem rechten Lager der demokratischen Mitte kam die bislang betriebene Aufklärungsarbeit der vorrangig im Fokus stehenden rechtsextremen Tendenzen in der deutschen Bevölkerung einer ungerechten Vernachlässigung gleich. Warum ausschließlich dem rechten Flügel des extremen Gedankenguts sein Augenmerk schenken? Geht es dort doch sogar bisweilen nicht mehr überall so demokratiefeindlich zu. Und notwendige Erkenntnisse über die Szene sind auf einem guten Stand, sogar erste Erfolge sind wahrnehmbar. Haben doch die um Aufklärung bemühten staatlichen Folgeprogramme immerhin auch schon dazu geführt, dass mittlerweile so manch rechte Organisation im Angebot der demokratischen Parteienlandschaft eine Relativierung im legitimen demokratischen Kontext erfährt und Rechtsradikale endlich brav wählen gehen. Sowieso entsteht bisweilen der begründete Eindruck, dass flächendeckende Inhalte des politischen Programms der rechtsradikalen *Illegalen* sich je nach politischem Gusto nicht von dem der bürgerlich-liberalen *Legalen* unterscheiden (vgl. z.B. die Debatte um Thilo Sarrazin).

Nach jahrelanger schwerpunktmäßiger Beschäftigung mit den faschistischen Staatsfeinden hat deren Erzgegner, die systemkritische linke Peripherie, also ihren Welpenschutz eingebüßt. So findet sie sich pauschal, ohne Berücksichtigung ihrer Inhalte und bei Vernachlässigung völlig diametraler Motivlagen, unter der Überschrift *Extremismus* subsumiert und soll *gemeinsam* mit sämtlichen Radikalen in einem Topf wieder auf Medium gekocht werden. Frei nach der Formel „*Extrem = Extrem*“ wird unter Beurteilung des Staates zwischen Beiden kein wesentlicher Unterschied mehr und somit aus *Links Rechts* gemacht. Denn Beide sind bei konsequenter Verfolgung des staatlichen Behauptungsprogramms für diesen einfach nur noch eins: *ein* lästiges Übel.

Anscheinend Gründe genug, sich endlich auch mal mit derart Gesinnung zu beschäftigen, welche sich auf Verdacht oder ganz offiziell allzu weit aus dem linken Fenster gelehnt hat, und sich nun die *Total-Abstraktion eines Linksextremismus* gefallen lassen muss: dort, wo Inhalte deswegen suspekt werden, weil sie für das planmäßig produzierte soziale Elend einer marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft Antworten im Angebot haben, welche nicht der gewünschten Machart des für das Übel verantwortlichen Staates entsprechen. Richtet

sich also die konsequente Kritik gesellschaftlicher Missstände tatsächlich einmal gegen die Urheber selbst, gibt man sich also nicht einfach nur mit Kompensationsprogrammen und ideologischen Blendmanövern zur symptomatischen Behandlung zufrieden, dann sieht sich der Staat dazu veranlasst, die Kontrolle über das Denken und Handeln mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wieder herzustellen. So werden die potenziell Verdächtigen des falschen, weil nicht staatskonformen Gedankens, wie Privatpersonen, gemeinnützige Vereine, Rechtsanwälte, Verlage etc. durch die rechtsstaatlichen Akteure bespitzelt. Nach Sondierung und Einschätzung der Ernsthaftigkeit des Problems, das der Staat mit den Angehörigen seines Volkes auf Abwegen hat, wird je nach Fall über die Behandlungsmethoden entschieden. Die Folgen können dann je nach Sachlage sehr unterschiedlich ausfallen: Aufklärungs- und Präventionsprogramme können gefördert oder aber auch die Förderungswürdigkeit wegen zweifelhafter Inhalte und/oder Personenkreise abgesprochen werden, Vereins- und Berufsverbote können verhängt werden, hier und da kann es gleich zu Festnahmen kommen – den rechtsstaatlichen Handlungsoptionen sind in ihrem Repertoire keine Grenzen gesetzt.

Um nicht nur an Informationen über Denk- und Verfahrensweise der systemkritischen Antagonisten zu gelangen, sondern auch gleich an die passende Behandlungsmethode zur Bekämpfung der schädlichen Gesinnung, beauftragt der Staat bisweilen gern seine Profis aus der wissenschaftlichen Liga. Diese dürfen sich dann, wie im Fall der Ev. Hochschule Hamburg und ihrem ISP, staatlich subventioniert mit den Fragen beschäftigen „(...) inwieweit es sich bei den jüngeren Vorfällen - gewalttätige Auseinandersetzungen in „Szene-stadtteilen“ und Sachbeschädigungen in Hamburg (als eine der deutschen Städte neben Berlin, in der eine Linksautonome Szene aktiv in Erscheinung tritt) - um ein *politisch motiviertes* Agieren von *Jugendlichen* handelt, die der Linksautonomen Szene nahe stehen und ob bzw. wie sie von der *Sozialen Arbeit / Jugendhilfe* – etwa der offenen Jugendarbeit, Streetworker/innen etc. - erreicht werden bzw. *erreicht werden können* und sollen (Studienbeschreibung ISP).“

Nachdem also Klientel und Spektrum der Delinquenten mittels wissenschaftlicher Methoden erschöpfend auf den Zahn gefühlt wurde, wird die Aussicht auf ein durchschlagkräftiges Programm offeriert, das die Willenstäter wieder zurück ans rechte, respektive richtige Ufer bringen soll. Denn dass - vor dem Hintergrund der vermuteten bis festgestellten Gewalttätigkeit in linken Kreisen - die einzig legitime nur die Staatsgewalt sein darf, ist in der bürgerlichen Aufklärung längst Konsens. So widmen sich die Beauftragten der Hochschule, basierend auf Erkenntnissen empirisch erhobener Sozialforschung und in bürgerlich-wissenschaftlicher Manier, der Frage, *wie sich der kritische Geist am besten zu einer staatsgefälligen, weil konformen Gesinnung domestizieren lässt, um den Staat und seine exklusive Souveränität in Wort und Tat zu legitimieren.*

Zu den Vorgängen an der Ev .Hochschule des Rauhen Hauses Hamburg

Wir stellen fest, dass sich die Ev. Hochschule des Rauhen Hauses in Gestalt des Institutes für Soziale Praxis in einer Form an der Debatte um den „Extremismusbegriff“ beteiligt, die nur zunächst sehr erstaunen lässt.

Unserer Ansicht nach reiht sich der Inhalt und die Intention der Studie des ISP in die konservativ-geprägte „Extremismusdebatte“ insbesondere der Bundesfamilienministerin und der Innenministerkonferenzen ein, die darauf basiert, „Linksextremismus“ mit „Rechtsextremismus“ gleichzusetzen sowie Ängste vor einem persönlichen und gesellschaftlichen Schaden aufgrund vermeintlich „linksmotivierter Gewalttaten“ Jugendlicher und junger Er-

wachsener zu schüren. Damit wird die Notwendigkeit zu einer Auseinandersetzung mit faschistischen Strukturen und Ideologien im historischen Kontext des Faschismus und angesichts der realen Zustände relativiert. Folgen dieser Politik sind zum Teil massive Kürzungen der Bundesmittel für Projekte und Initiativen, die sich dafür einsetzen, faschistische Strukturen aufzubrechen und z. B. Opfer entsprechender Gewalttaten zu beraten und zu unterstützen. In diesem Kontext muss auch der Zwang zur Unterzeichnung der „Extremismusklausel“ („Demokratieerklärung“) für Einrichtungen, Projekte und Selbstständige betrachtet werden.

Mit der Absicht, unbequeme politische Einstellungen jenseits des gesellschaftspolitischen Mainstreams auszuforschen, zu pädagogisieren und schließlich zu normalisieren, macht sich die Soziale Arbeit (z. B. das Rauhe Haus) nicht nur zu einem Gehilfen des Verfassungsschutzes und der Polizei, sondern unterstützt damit die Stigmatisierung alternativer, kritischer Lebens- und Denkweisen, die möglichst in die „gesellschaftliche Mitte“ mittels eines Ausstiegs aus der „Szene“ zurückzuführen und/oder ggf. zu kriminalisieren sind. Kritisch denkende Menschen werden hier wie andere Gruppen unter einen kriminellen oder gar terroristischen Generalverdacht gestellt. Daher erscheint uns die Studie zum pädagogischen, staatsicherheitsrelevanten Umgang mit „Linksautonomen“ nicht akzeptabel und mehr als kritikwürdig. Vielmehr sollte die Bereicherung durch kritische Stimmen, welche in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Form leider noch viel zu selten zu finden sind, einen Fortschritt und eine Veränderung der gesellschaftlichen Zustände bedeuten. Es muss darum gehen, alternative und kritische Lebens- und Denkweisen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu unterstützen, um mit ihnen gemeinsam für ein besseres gesellschaftliches System einzutreten.

Unter Berücksichtigung der hochschulpolitischen Entwicklungen in der Vergangenheit ist die Verblüffung über die Durchführung dieser Studie am Rauhen Haus allerdings nur von kurzer Dauer. Die EH stand einmal in dem Ruf *links* zu sein. Dies hat sich jedoch stetig gewandelt, wurden doch z. B. für viele kritische ProfessorInnen neue eingestellt, die dem politischen Mainstream affirmativer gegenüberstehen, als von vielen StudentInnen erwartet. Daher erscheint es nicht wirklich verwunderlich, dass nun die Hochschule endgültig im konservativ liberalen Kontext angekommen zu sein scheint, indem sie diese Studie durchführt und sich damit in die konservativ-geprägten Debatte um den „Extremismusbegriff“ guthießend einreihet. Wer sich frei- und bereitwillig mittels Wissenschaft und Forschung gegen Grundlagenkritik staatlicher Repression jenseits bürgerlicher Ideologien als Steigbügelhalter für staatliche Machtansprüche anbietet, gehört abgemahnt.

Für uns gibt es daher nur *zwei Handlungsoptionen*, die der Hochschule für ein authentisches Auftreten übrig bleiben:

Entweder bekennt sich die EH zu einer sich stetig ausweitenden Neo-Liberalisierung und stimmt folglich der Durchführung, den konservativen Hintergründen und Intentionen der Studie zu oder aber - es erscheint uns angesichts steigender konservativer, nationalistischer, faschistischer Strömungen unabdingbar - die EH bezieht sich auf ihre ehemals kritische Ausrichtung.

Wir fordern daher:

- Die „Linksextremismusstudie“ ist unverzüglich einzustellen, keine weiteren Beteiligungen am staatlich subventionierten Forschungsextremismus.
- Es ist ein Bekenntnis der Hochschule sowie des Instituts notwendig, welches sich durch die Förderung junger Menschen in einer kritischen Wahrnehmung und Unterstützung dieser bei einer Neugestaltung der gesellschaftlichen und politischen Zustände auszeichnet.

- Beschäftigungen von kritischen RektorInnen, ProfessorInnen und Lehrbeauftragten in der zukunftsprospektiven Personalplanung in den Vordergrund zu stellen.
- Der Forschungsschwerpunkt des Instituts ist im Bereich einer kritischen Analyse der herrschaftspolitischen Machtansprüche des Staates anzusetzen.
- Um weitere Alleingänge und Intransparenz über die Forschungsgegenstände des Institutes zu vermeiden, ist eine unabhängige Entscheidungskommission mit alleiniger Entscheidungsbefugnis zu installieren.
- Keine Zusammenarbeit von Forschung und Sozialer Arbeit mit dem Verfassungsschutz oder diesem nahe stehenden Institutionen.

Hiermit solidarisieren wir uns mit dem „*Bündnis gegen Extremismusstudien*“ am *Rauhen Haus*.

Ehemalige Studierende der Ev. Hochschule des Rauhen Hauses

Hamburg, 25. Februar 2011

Kontakt: ehemalige.evhh@gmx.de